

Schleichendes Gift: Gender Mainstreaming

Nach der Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995 und darauf folgenden UN-Resolutionen haben sich auch die EU-Staaten mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997/99 und mit verbindlichen EU-Richtlinien dem Programm „Gender Mainstreaming“ verpflichtet. Entsprechendes wurde auch ins deutsche Recht aufgenommen. Ab dem Jahr 2000 wurden die Behörden des Bundes und der Länder angewiesen, bei all ihrem Handeln, intern und extern, „Gender Mainstreaming“ zu praktizieren. In das Programm sind bewusst auch schon Kindergärten und Schulen einbezogen.

Der vordergründige Leser der Bestimmungen und Uneingeweihte meint, es ginge lediglich darum, Gleichberechtigung von Mann und Frau herzustellen. Doch das ist ein Irrtum, es ist viel mehr gewollt.

Die Journalistin Dale O'Leary (* 1941), Teilnehmerin an der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, hat in ihrem Buch "The Gender-Agenda" (1997) fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie im UN-Establishment verankert sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen kann, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, die zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Über das Programm Gender Mainstreaming schrieb sie:

„Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll.“ Deshalb wird das Programm in „wunderbare Worte wie Gleichheit, Rechte, Familien, reproduktive Gesundheit und Fairness verpackt.“

Lesehinweis auf den Artikel [„Aufklärung oder Anleitung zum Sex?“ von Martin Voigt, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Okt. 2014](#)

Nr. 3 ist jetzt u.a. auch in der Kultus- und Schulpolitik der Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen angekommen.